



# **Europapolitische Thesen der CDU-Landtagsfraktion**

**Beschluss der CDU-Landtagsfraktion Schleswig-Holstein  
auf der Klausurtagung am 19./20. April 2018 in Norderstedt**

Die Europäische Union steht angesichts der weltweiten geostrategischen Entwicklungen und Zunahme nationalpolitischen Denkens innerhalb der EU vor bislang nicht gekannten Herausforderungen. Lösungsansätze zu diesen Fragen liegen im ureigensten Interesse von Schleswig-Holstein. Die CDU-Landtagsfraktion hält deshalb folgende Punkte für die Fortsetzung einer erfolgreichen Politik Europas für erforderlich:

## 1. **Allgemeine verbindende Wertegemeinschaft**

Die Europäische Union ist eine Wertegemeinschaft, die als Grundlage die Achtung der Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit und die Wahrung der Menschenrechte einschließlich der Rechte der Minderheiten definiert hat. Diese Werte, die im Lissaboner Vertrag festgehalten sind, müssen künftig wieder stärker im Handeln der EU nach außen sichtbar werden. Die Europäische Union setzt damit klare Zeichen für Demokratie und Rechtsstaatlichkeit und sieht sich als sicherer Garant für demokratische Rechte in der Welt. Diese Politik hat Europa einen über siebzigjährigen Frieden beschert, den es weiter zu bewahren gilt.

Wirtschaftliches Wachstum, Wohlstand und Bekämpfung sozialer Missstände aber auch die Freizügigkeit innerhalb der EU für EU-Bürger sind wichtige Elemente der Ausgestaltung der Ziele der Europapolitik.

Wir wollen ein starkes, selbstbewusstes und dynamisches Europa, das seine Interessen wahrt und sich seiner internationalen Verantwortung stellt.

## 2. **Herausforderungen des Brexits meistern**

Die Entscheidung Großbritanniens zum 29. März 2019 aus der EU auszuschneiden (Brexit), führt zu erheblichen Veränderungen der EU, da damit ein Kernland Europas aus der Gemeinschaft austreten wird. Ein Brexit wird auch Schleswig-Holstein mit seinen wirtschaftlichen Folgen aber auch in vielen weiteren Bereichen wie z.B. in der Wissenschaft, Bildung und Forschung erheblich treffen.

Zum einen sollte Schleswig-Holstein deshalb alle Kräfte politisch unterstützen, die den Brexit noch stoppen könnten, auch wenn dieses derzeit als eher unwahrscheinlich zu bewerten ist.

Zum anderen gilt es in den laufenden Verhandlungen daraufhin zu wirken, dass die wirtschaftlichen, finanziellen und politischen Folgen so gut es möglich ist abgefedert werden. Hierzu gehört insbesondere ein Freihandelsabkommen mit Großbritannien. Dabei dürfen Grundsätze der EU-Politik und EU-Rechte jedoch nicht einseitig aufgegeben werden. Die Einigkeit der verbleibenden 27 EU-Mitgliedsstaaten ist ein wichtiges Anliegen.

Der Kontakt und die politische und wirtschaftliche Zusammenarbeit insbesondere auch bei der Terrorbekämpfung und Verteidigungspolitik mit Großbritannien muss auch bei einem Brexit freundschaftlich, intensiv und eng gestaltet werden. Wo möglich, sollte Großbritannien an EU-Programmen beteiligt werden.

## 3. **Neuen Finanzrahmen gestalten – Förderpolitik gezielter fortsetzen**

Bei der Gestaltung des neuen mehrjährigen EU-Finanzrahmen (MFR) für die Jahre 2021-2027 steht die EU vor schwierigen Herausforderungen.

Einerseits sind neue Aufgaben erwachsen, die deutlich höhere Finanzmittel erfordern. Hierzu gehören beispielsweise die innere Sicherheit bei der Terrorbekämpfung, die Migrations- und Integrationspolitik, eine neue Form der gemeinsamen Außen- und Verteidigungspolitik, die verstärkte EU Grenzsicherung sowie die Klimapolitik. Andererseits werden durch einen EU-Austritt Großbritanniens rund 12 Milliarden an Einnahmen im EU-Haushalt fehlen, die nur bedingt durch Einsparungen kompensiert werden können. Unter diesen Rahmenbedingungen wird eine unveränderte Förderpolitik der EU nicht möglich sein. Deshalb wird der neue MFR richtungsweisend für die künftigen Schwerpunktsetzungen der EU-Politik.

Für Schleswig-Holstein sind die Strukturfonds von äußerst großer Bedeutung. Die Fonds für intensive, länderübergreifende Arbeit vor allem mit Dänemark und im Ostseeraum (INTERREG) aber auch für die Regionalentwicklung (EFRE), der Europäischen Sozialfond (ESF) und der Fond für die Entwicklung des ländlichen Raumes (ELER), unterstützen bis 2020 Maßnahmen in der Höhe von annähernd 850 Millionen Euro im Land. Die CDU-Landtagsfraktion fordert eine Weiterführung der Kohäsionspolitik für alle Regionen und keine Kürzung der INTERREG-Mittel. Gerade die INTERREG-Mittel ermöglichen immer wieder neue wertvolle, länderübergreifende Projekte.

Die CDU-Landtagsfraktion begrüßt daher die Bestrebungen der EVP-Fraktion für eine hohe Mittelausstattung des Kohäsions- und Agrarbereiches. Nur so lassen sich Verteilungskämpfe der Länder und Regionen um die Fördertöpfe vermeiden. Die CDU-Landtagsfraktion erkennt aber auch, dass ohne eine Veränderung der Mittelausstattung Einsparungen kaum in der notwendigen Höhe erzielt werden können. Grundsätzlich sollte bei Sparmaßnahmen auf einen effizienteren Einsatz bei der Mittelvergabe geachtet werden, damit die erwünschten Ziele auch erreicht werden. Eine Mittelerhöhung des Gesamtbudgets der EU wird unter den genannten Gesichtspunkten dennoch nicht zu vermeiden sein und Deutschland eine Zahlungserhöhung einkalkulieren müssen.